

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach 2. Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanagsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörsdorf, Bretznig, Hauswalde, Dhorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Dichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. E. Försters Erben (Jnh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 90

Donnerstag, den 18. April 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 208, die Firma L. A. Thomas in Großhörsdorf betreffend, eingetragen worden:

In das Handelsregister ist eingetretten der Kaufmann Ludwig Alwin Thomas in Großhörsdorf.

Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1929 errichtet worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 16. April 1929.

Freitag, den 19. April 1929, nachm. 3 Uhr sollen in Oberlichtenau „Gasthof zum Linden“

ca. 25 Männerhosen, mehrere Kinderanzüge und Strümpfe u. a. m. meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 18. April 1929. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Sonntag, den 21. und Montag, den 22. April 1929

Krammarkt in Pulsnitz

Pulsnitz, am 17. April 1929

Rat der Stadt

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg haben im

Das Wichtigste

Kreuzer „Emden“ ist in Sabang (Pulo Weh) eingetroffen. Er wird am 28. 4. nach Scerabaja in See gehen. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist im nördlichen Eismeer ein englischer Walfischfänger mit 12 Mann Besatzung untergegangen. Nach Moskauer Meldungen ist in Tiflis ein Pulverlager in die Luft geflogen. Ein Soldat und 4 Arbeiter wurden getötet, 1 Person schwer verletzt. Sämtliche Fenstergehäusen gingen in weitem Umkreis in Trümmer.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

(Die christlichen Elternvereine zur Landtagswahl.) Der Gesamtvorstand des Landesverbandes der christlichen Elternvereine Sachsens beschloß einstimmig, den aufzustellenden Landtagskandidaten die Frage vorzulegen, ob sie bereit sind, für die Wiedererrichtung Evangelisch-Lutherischer Bekenntnisschulen auch in Sachsen im Landtage einzutreten und für den Ausbau des Elternrechtes auch in Sachsen in der von der christlichen Elternschaft von jeher geforderten Weise im Landtage zu wirken.

(Schützt die Vogelbruten!) Weil der strenge schneereiche Winter unserer nördlichen Kleinvogelwelt schon sehr zahlreiche Verluste zugefügt hat, erscheint es in diesem Jahre besonders wichtig, die Vogelbruten gegen wildernde Katzen zu schützen. Man lasse daher während der Brut- und Jungvogelzeit, d. h. von März bis Juli, die Hauskatten, „Katzenvorhemden“ tragen, die sie am Erklettern von Bäumen und Sträuchern hindern, ohne ihnen irgendwelchen Schaden zuzufügen.

(Schaukochen.) Die ersten in Großnaundorf und Dichtenberg von den Ueberlandkraftwerken Pulsnitz u. G. gehaltenen Vorträge über die Anwendung der elektrischen Geräte im Haushalt waren von den Hausfrauen erfreulicherweise gut besucht und als ein Erfolg zu verzeichnen. Die Vortragende Frau Dr. Dücker verstand es, das an sich sehr lehrreiche Thema anziehend und fesselnd zu gestalten. Sie wies auf die Vorteile des elektrischen Stromes hin, wie Reinlichkeit, Gesundheitlichkeit, Sicherheit, Bequemlichkeit und die praktische Handhabung der verschiedensten Geräte. Der Elektro Deonon, einfach und ansprechend in der äußeren Form, stellt dieser elektrische Koch-Apparat gewissermaßen einen Kochautomaten dar, der nach Inbetriebsetzung durch die Hausfrau das Essen der Familie selbsttätig befreit und zubereitet, und sobald die Zubereitung beendet ist, sich selber automatisch ausschaltet — ohne Wartung. Die vielbeschäftigte Hausfrau kann sich deshalb anderen Pflichten widmen. Die zubereiteten und zur Verteilung gereichten Speisen waren bei schnellster und einfachster Handhabung ausgezeichnet gerichtet und bewiesen, daß der Apparat auch den vermögtesten Geschmack zufrieden zu stellen in der Lage ist. Durch die Einführung dieses Apparates dürften die bisherigen Bedenken gegen elektrisches Kochen, Braten und Backen schwinden, zumal die Anschaffung und auch die Betriebskosten durchaus den Wettbewerb mit jeder anderen Kochart aufnehmen können. Hierzu kommt, daß die Ueberlandkraftwerke den Bezug durch entgegenkommende Zahlungsbedingungen auch weniger Bemittelten ermöglichen und den Kochstrom billig abgeben. In einer mit dem Vortrag verbundenen Ausstellung elektrischer Geräte für den Haushalt, für Waschen, Bügeln, Wohnungsreinigung und Gesundheitspflege konnte sich eine jede Hausfrau von der einwandfreien und sauberen Handhabung überzeugen. Ein Besuch der weiteren Vorträge kann nur im eigenen Interesse der Haus-

Deutschlands Wirtschaftselend eine Folge der Kriegstribut-Milliarden

Reichswirtschaftsminister Curtius: Die Pariser Verhandlungen kein Handelsgeschäft

Berlin. Am Mittwoch fand in Berlin die 49. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages statt. Anwesend waren u. a. der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Reichsarbeitsminister Dr. Wissell, Reichswehrminister Dr. Groener, Reichsbankpräsident Dreyse und eine große Anzahl bekannter Wirtschaftler. Nach Eröffnung der Tagung durch den Präsidenten Franz von Mendelssohn sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius. Er erklärte, daß er sich Ausführungen über die Wirtschaftslage oder Antikindigungen neuer Regierungsmaßnahmen versagen müsse, da gegenwärtig im Reichstage die Beratungen über den Haushalt noch im Gange seien. Außerdem sei Zurückhaltung mit Rücksicht auf die Reparationsfrage geboten.

Bei den gegenwärtigen Verhandlungen der Reparationskommission in Paris handele es sich um die Lösung eines um die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk und darüber hinaus für den Wirtschaftsfrieden der ganzen Welt auf lange Zeit entscheidenden Problems. Alles hänge davon ab, daß sich die Sachverständigen in Paris ihrer Aufgabe unter unpolitischer Sachlichkeit entledigten. Es dürfe nicht nach Art eines Handelsgeschäftes über Schulden und Zahlungen verhandelt werden, sondern es gelte, nach rein sachlichen Grundrissen eine für Schuldner und Gläubiger tragbare Lösung der Reparationsfrage zu finden. In diesem Sinne entbiete er den deutschen Unterhändlern in Paris Grüße.

In einem einleitenden Vortrag gab Präsident Franz von Mendelssohn eine kurze Darstellung der Entwicklung unserer Volkswirtschaft.

Die in Deutschland herrschende Kapitalarmut verlangsame die Rationalisierung, beenge besonders die für die Ausfuhr notwendigen Kreditmöglichkeiten und führe zu einer außerordentlichen Zinshöhe. Aus den bereits gezahlten Reparationsleistungen sei schon zu ersehen, wie Kapitalarmut, Kreditbedürfnis und Zinshöhe eine Folge dieser Lasten seien. In der Kapitalarmut und Zinsüberlastung liege mehr oder weniger der Schlüssel zur Erklärung aller Erscheinungen unserer Wirtschaft, soweit sie innenwirtschaftlich zu erklären seien. Die fünfjährigste dieser Erscheinungen sei die erschreckende Arbeitslosigkeit. Die Erzeugungsentwicklung sei in wichtigen Industrien stark nach unten gerichtet.

Deutschlands Angebot an die Gläubiger-Mächte.

Sachleistungen und Transferschuh müssen beibehalten bleiben.

In Berlin und Paris sah man gleichzeitig mit größter Spannung der Mittwoch-Vollversammlung der Tribunkonferenz entgegen. Der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte sich nach langer Debatte über die Forderungen der Gläubigerstaaten bereit erklärt, ein schriftliches Memorandum der Tribunkonferenz zu überreichen, in dem die Auffassung der deutschen Delegierten über die deutsche Wirtschaftslage und Folgerungen für die deutsche Leistungsfähigkeit in der Reparation enthalten sein sollten. Das deutsche Memorandum bringt bestimmte Ziffern. Diese Ziffern stellen aber nicht etwa den Gegenwartswert der deutschen Reparationsleistungen dar und sind nicht nach der Methode aufgestellt, mit der die alliierten Gläubigerstaaten gearbeitet haben. Die Ziffern des deutschen Memorandums fußen in der Hauptsache auf der Jahreszahlung.

Die deutsche Delegation lehnt jede Zahlungen über 35 bis 37 Jahre hinaus ab.

Die deutsche Delegation will wenigstens für den größten Teil der Leistungen die Sachleistungen an Stelle von Barzahlungen beibehalten, und die deutsche Delegation fordert wenigstens für den größeren Teil der deutschen Leistungen die Aufrechterhaltung des Transferschuhes. In den eigentlichen Ziffern der Jahresleistungen bleibt die deutsche Delegation weit hinter jenen Pariser Ziffern zurück, die von einer deutschen Jahresleistung von 500 Millionen Dollar oder 2,1 Milliarden Mark sprachen. Die deutsche Delegation ist noch weit hinter jenen Anfangsziffern in den Forderungen der Gläubigerstaaten zurückgeblieben, die auf 1,8 Milliarden pro Jahr lauteten.

Nach einer amtlichen Mitteilung haben die alliierten Sachverständigen in der Dienstag-Vollversammlung der Konferenz erklärt, daß die Zahlen, die in ihrem Memorandum genannt seien, „den Erfordernissen ihrer Regierungen entsprechen“. Die alliierten Sachverständigen haben sich also auf den politischen Druck der hinter ihnen stehenden Regierungen zurückgezogen und damit aus der Sachverständigenkonferenz eine politische Konferenz gemacht. Sie haben enthielt, daß Frankreich und England nicht die sachverständige und objektive Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit, sondern die Durchsetzung ganz bestimmter politischer Forderungen anstreben. Damit ist die Basis der Vereinbarung vom 16. September 1928 über die Grundzüge für die Sachverständigenkonferenz durchbrochen, die deutsche Delegation hätte jeden sachlichen Grund, um die Verhandlungen peitszugeben.

Russlands praktischer Abrüstungsvorschlag.

Genf. Die Beratung des zweiten russischen Abrüstungsentwurfs wurde am Mittwoch in der Abrüstungs-Vorkommission aufgenommen. Bevor man in die Beratung eintrat, beantragte der Vertreter der Türkei, Tewfik Ruscud Bey, den türkischen Entwurf ebenfalls in den Abrüstungsvorschlag aufzunehmen, was genehmigt wurde. Der russische Entwurf sieht vor, daß alle Armeen über 200 000 Mann auf die Hälfte, die Armeen über 40 000 Mann um ein Drittel, die kleineren Armeen um ein Viertel herabgesetzt werden sollen, und daß die Flotten über 200 000 bzw. über 40 000 Tonnen in demselben Verhältnis desarmiert werden.

Außerdem wird die Beseitigung aller ausgeprochenen Angriffswaffen verlangt, wie Bombenflugzeuge, Flugzeugmuttergeschiffe, schwere Artillerie, Tanks und Großkampfschiffe, während die Reserven und sämtliches Heeresmaterial in einem sehr schmalen Ausmaß beschränkt werden sollen. Zu diesem Entwurf gab der russische Divisionskommandeur Tongowei einen ausführlichen Kommentar.

Graf Bernstorff stimmt den russischen Abrüstungsvorschlägen zu.

Graf Bernstorff unterstützte auf der Mittwoch-Sitzung der Abrüstungskommission alle vorgelegten Projekte, da sie neue Ideen enthalten, und trat im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung, in dieser Frage nicht ganz klaren Haltung entschieden für den sowjetrussischen Vorschlag ein. Denn die Abrüstungskommission sei im Laufe ihrer vielen Sitzungen immer mehr von ihrem ursprünglichen Ziel, die allgemeine schwere Rüstungslast wesentlich zu vermindern, abgetommen. Die deutsche Auffassung von der Abrüstung habe der Reichstanzler in der Bundesversammlung so ausgedrückt: „Die erste Etappe kann und muß eine fühlbare Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungsstandes herbeiführen, die sich auf alle Elemente der Rüstungen zu Lande, zur See und zur Luft erstrecken und die Garantie der vollständigen Öffentlichkeit aller